

Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs an den Baggerseen in der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen

Auf Grundlage der §§ 28 Abs. 2 und 120 Ziffer 19 des Wassergesetzes des Landes Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 2005 sowie der §§ 10 und 18 des Polizeigesetzes wird mit Zustimmung des Gemeinderates die nachstehende Verordnung erlassen.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1. Geltungsbereich	3
2. Einschränkungen des Gemeingebrauchs	3
3. Regelungen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	3
4. Ausnahmen	3
5. Ordnungswidrigkeiten	3
6. In Kraft treten	4

1. Geltungsbereich

Die Verordnung gilt für die auf der als Anlage 1 beigefügten Karte ersichtlichen Baggerseen auf der Gemarkung Oberhausen-Rheinhausen sowie die unmittelbar an den Seebereich angrenzenden Wege.

2. Einschränkungen des Gemeingebrauchs

2.1

Das Befahren der Wasserfläche mit kleinen Fahrzeugen ohne eigenen Antrieb wird auf der in der Anlage 2 beigefügten Karte ersichtlichen Seefläche für den Zeitraum von November bis Februar ausgeschlossen.

2.2

Das Fahren mit kleinen Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft, wenn das Fahrzeug eine Gesamtlänge von mehr als 5,50 Meter oder mehr als 25 m² Segelfläche besitzt, ist ganzjährig verboten.

2.3

Das Waschen von Fahrzeugen ist im gesamten Geltungsbereich der Verordnung ausgeschlossen.

2.4.

Das Baden von Tieren ist mit Ausnahme der in Anlage 3 ersichtlichen Wasserflächen ausgeschlossen.

2.5 Das Baden und Tauchen ist in dem in Anlage 4 dargestellten See ganzjährig zum Schutz der Natur verboten.

3. Regelungen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

3.1

Die Benutzer des Baggersees haben sich so zu verhalten, dass niemand gefährdet wird. Wettfahrten mit Wasserfahrzeugen bedürfen der Genehmigung durch die untere Wasserbehörde, Landratsamt Karlsruhe.

3.2

Boote ohne Segel dürfen sich in Fahrt befindlichen Segelbooten und Surfern nicht so weit nähern, dass diese zu einer plötzlichen Änderung der Fahrtrichtungen gezwungen werden. Boote ohne Segel haben in Fahrt befindlichen Segelbooten und Surfbrettern auszuweichen.

3.3

Das Abbrennen von Lagerfeuern ist im gesamten Geltungsbereich der Verordnung untersagt.

4. Ausnahmen

Die Gemeindeverwaltung kann von allen Einschränkungen des Gemeingebrauchs auf Antrag und bei berechtigten **Interesse** Befreiungen erteilen.

5. Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

5.1

entgegen der Vorschriften Ziffer 2.1 im Zeitraum von November bis Februar die Wasserfläche mit kleinen Fahrzeugen ohne eigenen Antrieb auf der in der Anlage 2 beigefügten Karte ersichtlichen Seefläche befährt.

5.2

mit kleinen Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft die Seefläche befährt, wenn das Fahrzeug eine Gesamtlänge von mehr als 5,50 Meter oder mehr als 25 m² Segelfläche besitzt.

5.3

sein Fahrzeug im gesamten Geltungsbereich der Verordnung wäscht.

5.4

Tiere mit Ausnahme der in Anlage 3 ersichtlichen Wasserflächen baden lässt.

5.5

In dem in Anlage 4 dargestellten See badet oder taucht

5.6

sich so verhält, dass andere gefährdet werden oder ohne Genehmigung durch die Gemeinde Wettfahrten veranstaltet.

5.7

als Bootsführer eines Bootes ohne Segel sich in Fahrt befindlichen Segelbooten und Surfern so weit nähert, dass diese zu einer plötzlichen Änderung der Fahrtrichtungen gezwungen werden.

5.8

Lagerfeuer im Geltungsbereich der Verordnung abbrennt.

(2)

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von mindestens 5,00 € und höchstens 100.000,00 € geahndet werden.

6. In Kraft treten

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 16. Juli 1993 außer Kraft.

Hinweis:

§ 4 Abs.4 GemO

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zu Stande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
 1. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

2. Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.
3. Bei der Bekanntmachung der Satzung ist auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hinzuweisen.

Dieser Hinweis gilt nach §4 Abs. 5 GemO für die vom Gemeinderat beschlossene Rechtsverordnung

Anlage 1
Geltungsbereich der Verordnung



Anlage 2
Geschützte Fläche nach Ziffer 2.2 (umrandet)



Anlage 3

Gewässer in denen Tiere baden dürfen. Darstellung nach Ziffer 2.4



Anlage 4

See in dem das Baden und Tauchen ganzjährig untersagt ist, Ziffer 2.5



(Dienstsiegel)

Büchner, Bürgermeister

Oberhausen-Rheinhausen, den 25.09.2006

